

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr. Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Donnerstag

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die Rheinische Volkszeitung erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zweig-Verkaufsstellen in Detteln (Otto Eichen), Marktstraße 9 und Elmville (H. Fabius Wille), Ecke Gutenberg- und Lammstraße.
Verantwortlich: Dr. phil. Franz Gensch; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Eichen-Ostlich; für Geschäftsliches und den Anzeigenteil: S. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

28
August

Bezugspreis für das Vierteljahr 4,50 Mk., für den Monat 1,50 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 4,75 Mk., monatlich 1,54 Mk. mit Bestellgeld, für Abholer monatlich 15 bzw. 14, viereljährlich 45 bzw. 42 Pfg. billiger. — Anzeigenpreis: 35 Pfg. für die kleine Zeile, für ausm. Anzeigen 40 Pfg., Reklamezeile 2,00 Mk.; bei Wiederholungen halber. Nachjäh. Schluss der Anzeigen-Annahme: für größere Anzeigen Vorabend 4, für kleinere Vorabend 6 Uhr.
Postfach-Konto: Nr. 1632 beim Postfachamt Frankfurt a. M.

37. Jahrgang

Berichtigung

zur Bekanntmachung des 22. 8. 19, § VIII, 3. 1.
Alle Zivilpersonen müssen bei jeder Gelegenheit und an jedem Ort gegenüber den Offizieren der Verbandsmacht ein vorwurffreies und gegenüber den aktiven Militärpersonen aller Rangstufen sowie den sie begleitenden Zivilpersonen ein korrektes Benehmen zeigen.
L'Administrateur du cercle de Wiesbaden-Ville
Signé: TOUSSAN.

Die neue Zensur

* Mit einem wahren Fanatismus hat die Sozialdemokratie einstmalig gegen jede Zensur gekämpft. Das mündige deutsche Volk — so wurde immer wieder versichert — brauche sich nicht von Bürokraten gängeln zu lassen, es wisse selbst am besten, was ihm dienlich sei. Eine Regierung, die von der Sozialdemokratie geleitet würde, könne sich niemals dazu bereit finden, dem Volke die wichtigste Freiheit, nämlich die geistige Freiheit, zu rauben. So schrieben es die sozialdemokratischen Zeitungen, wenn sie ehehem die Zustände im barbarischen Deutschland geißelten. Nachdem jedoch die Linke die Herrschaft übernommen hat, muß sie trübes Wasser in den Wein der Begeisterung schütten und bekennen, daß es ohne Zensur nicht geht. Ja, Herr Roske tötet in einer Art und Weise gegen die Freiheit der Presse, wie sie früher in deutschen Ländern nicht üblich gewesen ist. Er teilt seine Gaben nach rechts und nach links in reicher Fülle aus. Bald sind es alldeutsche Blätter, die verboten werden, bald radikale Zeitungen der Linken. Am liebsten freilich traktiert Roske die sogenannten Geistesblätter der Rechten, weil sie monarchische Gedanken im Volke verbreiten und weil sie die gegenwärtige Wirtschaft gebührend an den Pranger stellen. Neuerdings hat er der Berliner „Freiheit“ angedroht, daß er ihre Erscheinung verbieten werde. Die „Freiheit“ steht sich zum Ziel, jegliche Disziplin in der Reichswehr zu untergraben und den Generalstabschef für ganz Deutschland herauszufordern. Da fühlt sich die gegenwärtige Regierung in ihrer Existenz bedroht, da läßt sie nicht mit sich spassen. Und bestätigt damit, daß es ohne eine Zensur in einem geordneten Staatswesen eben nicht geht. Ja, Roske geht sogar soweit und verbietet das Neuerschienen von Tageszeitungen und periodischen Druckschriften überhaupt. Nur Ausnahmen will er zulassen, das heißt, er wird nichts dagegen einwenden, wenn noch einige mehrheitssozialistische Blätter gegründet werden. Soweit ist niemals eine frühere Regierung gegangen.

Selbstverständlich geben politische Gründe den Ausschlag, wenn die Schranken der Zensur von neuem aufgerichtet werden, wenn man das Erscheinen von Blättern unmöglich macht. Daneben freilich wird man sich nicht verhehlen, daß es auch aus Gründen der Moral nicht mehr so wie bisher bleiben kann. Eine amtliche Mitteilung stellt kurz und bündig fest: „Da in der letzten Zeit Berlin mit einer Fülle von periodischen Druckschriften überschwemmt worden ist, die meist verheerenden oder unethischen Inhalt haben, ist eine Kontrolle auch dieser Zeitchriften notwendig geworden.“ Wir wiederholen schon darauf hin, daß die Domsprekzelle sich eine eigene Zeitung mit geradezu haarsträubendem Inhalt gegründet haben. Jede, auch die konfusenste Richtung, gründet eigene Blätter, um für ihre Lehren Ideen Propaganda zu machen. Die Wirkung dieser Propaganda soll man nicht unterschätzen. Sie zielt darauf hinaus, den jugendlichen die Köpfe zu verblenden. Im allgemeinen darf man sagen, daß diejenigen Blätter, welche für die Unmoral eintreten, auch in politischer Hinsicht von einem wilden Zerstörungstrieb erfüllt sind. Sie erkennen nämlich immer mehr, wie ihre Ideen auch in einem sozialistischen Staatswesen nicht durchzuführen sind. Darum streben sie die Beseitigung der gegenwärtigen Regierung an. Außer den Betroffenen wird es jedermann begreifen, wenn Herr Roske diesen Erscheinungen gründlich zu Leibe rückt, ja sie aus der Öffentlichkeit völlig ausmerzt. Nur muß es erlaubt sein, auf Theorie und Praxis der Sozialdemokratie hinzuweisen.

Die zuständigen Stellen wollen auch dazu übergehen, wieder die Filmzensur einzuführen. Seit neun Monaten machen die Kinobesitzer mit Scham und Schand glänzende Geschäfte. Alle die Filme, die im Laufe der Jahre von der Zensur verboten wurden, erscheinen jetzt auf der Bildfläche und verpesten das Land. Unkrautartige Titel und zugräftige Reklame sorgen dafür, daß diese Schandblüte ihre Wirkung unter der Jugend und unter der deutschen Weiblichkeit nicht verliert. Die neue Besorgung stellt ausdrücklich eine Zensur für Lichtspiel vor. Zweifellos wird binnen kurzem von dieser Bestimmung Gebrauch gemacht werden, weil sonst Scham und Schand alles überdecken. Das Schlimme ist der Feind des Guten. Wenn irgendwo, so gilt der Satz am dem Gebiete der Filmindustrie. Auch in Frankreich sind neuerdings Anordnungen getroffen worden, wonach das Kino einer ministeriellen Vorzensur unterliegt. Alle kinematographischen Filme müssen vor ihrer Veröffentlichung das Visum des Ministers für Unterricht und Kunst erhalten. Ein Ausschuss von 30 Mitgliedern ist gebildet worden, und dieser Ausschuss begutachtet jeden einzelnen Film.

Angeichts der Flut von Scham und Schand wird uns nicht anders übrig bleiben, als auf ähnlichem Wege dem gegenwärtigen Niedergang zu steuern. Freiheit darf nicht in Freiheit ausarten, Freiheit aber ist es, was wir jetzt erleben.

Nachdem zuerst volle Pressefreiheit verkündet worden war, tritt jetzt die Zensur wieder in Tätigkeit. Die Zensur ist — in gewissen Grenzen natürlich — vollumfänglich. Freilich darf sie nicht dazu führen, abweichende politische Meinungsäußerungen zu unterdrücken. Daß jede Klassenherrschaft dazu neigt, die Meinungsfreiheit der anderen einzuschränken, darf nicht wunder nehmen. Die Volkswirtschaften in Rußland haben ja mit Erfolg die gesamte Presse ausgeartet, die bürgerliche ebenso wie die sozialistische. Rechtsstehende Blätter in Berlin beklagen sich darüber, daß die Maßnahmen der Reichsregierung oder Militärverwaltung gegen sie durchaus unberechtigt gewesen seien. Wie weit das zutrifft, läßt sich naturgemäß schwer beurteilen. Jedenfalls gilt es auf der Hut zu sein. Die Sozialdemokratie denkt in erster Linie daran, wie sie ihre eigene Machtstellung erhalten und festigen kann. Darüber vergißt sie leicht die berechtigten Interessen, die andere haben. Gegen solche Übergriffe muß sich naturgemäß das Bürgertum zur Wehr setzen. Wir wollen keinen Terrorismus der Sozialdemokratie, wir wollen Freiheit in dem gesetzlichen Rahmen. Wenn die Zensur wieder eingeführt wird, um die schamhaften Auswüchse zu brechen, so begrüßen wir das vollumfänglich, aber die Zensur soll nur dem allgemeinen Wohle, nicht einer einzelnen Partei dienen.

Sindenburg und Reichskanzler

Berlin, 27. Aug. Nach dem Rücktritt Bethmann-Sollwegs richtete der Generalfeldmarschall v. Sindenburg an den neuen Reichskanzler Dr. Michaelis im August 1917 folgende Denkschrift:

Die Wehr und Volk im Krieg geknüpft zusammenhängen müssen, so müssen auch Reichsleitung und Oberste Wehrleitung unbedingt gemeinsame Wege gehen. Leider war dies bisher nicht der Fall. Ich will die Tatsachen aufzählen, die mich mehr oder weniger gezwungen haben, gegen die Reichsleitung Stellung zu nehmen oder auf ihre Maßnahmen einen gewissen Druck auszuüben. Ich beschränke mich dabei auf eine Zusammenfassung, in Gruppen von Vorgängen:

1. So na me wichtigste außenpolitische Schritte ohne gegenseitiges Einverständnis mit der O. d. L., obwohl das militärische Interesse an diesen Schritten bedeutend war: Schwäche gegen Rente hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr, eigenmächtige Behandlung von militärisch wichtigen Fragen, z. B. hinsichtlich Lieferung von Kohle an Neutralen, obwohl Kohle als Kriegsmaterial anzusehen ist.

2. Die schwankende Haltung und der passive Widerstand zum russischen U-Bootskrieg. Dieses Schwanzen hat uns gegenüber den Neutralen und den Vereinigten Staaten sehr geschadet.

3. Abweisung der Verantwortung von Militärgreifen (Kohlenfrage, zwangsweise Heranführung belgischer Arbeiter) auf die O. d. L., die in der Öffentlichkeit zeitweise allgemein als Schuldige in diesen Fragen angesehen wurde. Da diese Ausstellungen nur aus unrichtigen Kreisen kommen können und von ihr gewiß nicht ausgehen, so müssen sie von Unterorganen der Regierung verbreitet sein.

4. Zu spät und zu wenig tatkräftiges Eingreifen bei inneren Schäden, z. B. auf dem Gebiet der a) Ernährungsfrage, b) Vorfrage für Deutung der Produktion (Kraftfutter, Stickstoff, Stroh, Strohauflösung), c) Transportfrage, d) Kohlenfrage.

5. Ungenügende Ausnutzung unserer Volkskraft. Auf Drängen der O. d. L. endlich Einbringung des Hilfsdienstgesetzes, das jedoch durch Nachgiebigkeit dem Reichstag gegenüber zu einem außerordentlich schädlichen Gesetz wurde.

6. Versagen jeder Aufklärung im Volke, Fehlen einer zielbewussten Zeitung im Innern, der schwerste Vorwurf! Die überheblichen Folgen sind: a) Demoralisierung (Wader, Genußsucht), Verwirrung der Begriffe von Recht und Pflicht, b) Resignation, c) Verkommen in Alltagsorgen und Fehlen jedes Verständnisses für Größe und Ernst der Zeit, d) Unvollständigkeit (Streik), e) politische Forderungen (die an sich nur auf dem Seefragen der bisherigen leitenden Persönlichkeiten beruhen, aber sicher nicht geeignet sind, grundsätzlich zu bessern, f) Schädigung des Ansehens der Monarchie (Abkühlung des Kaisers, Übertragung der Einflüsse der Kabinette, Tränkenlassen zu Entlassungen usw.), g) Launenlassen der Presse, Einflußnahme nur auf einige Zeitblätter überflüssiger Art. Ingesamt hatten all diese Zustände mit der Überzeugung gebracht, daß wir trotz militärischer Erfolge verfallbar dem Abgrund zugingen, und deshalb mußte ich vorschlagen bei seiner Majestät gegen Herrn von Bethmann-Sollweg aufzutreten. Ich habe lange gezögert, da ein derartiges Vortreten aus meinem Pflichtgefühl gegen eine einzelne Person mich schwere innere Kämpfe gekostet hat. Daß ich es nunmehr empfunden habe, in Fragen, die mich betreffen, ausgehört zu werden, oder in solchen, an denen ich unschuldig war, als schuldig hingestellt zu werden, ist auch im Interesse der Sache wohl erklärlich. Daß umgekehrt die Reichsleitung meine vielfachen Anregungen, z. B. in Ernährungsfragen, Kohlenfragen, Produktionssteigerung usw., als Eingriffe in ihre Freiheit empfand, verheißt mir, aber erstens war es nötig, denn es geschah sonst eben nichts oder nichts Anderes, zweitens aber war das militärische Interesse bei allen Dingen doch preislos vor-

handen. Die Ansicht, daß Politik und Wehrführung sich trennen lassen, war schon immer falsch. Sie ist grundverkehrt in einem Kriege, an dem das ganze Volk mitarbeitet. Ich hätte also nur dann schweigen können, wenn die Reichsleitung von sich alles nötige getan hätte. Der Vorwurf, der, wie mir gesagt ist, gegen mich erhoben ist, daß ich ganz allgemein eine Abhängigkeit der Reichsleitung von der Obersten Wehrleitung aufreibe, ist sinnlos. Ich wäre der erste gewesen, der mit einer zielbewussten Reichsleitung zusammenhängen wäre. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß, falls Eure Excellenz den einen oder anderen der oben erwähnten Punkte nachprüfen wollen, Eurer Excellenz Vertreter jederzeit Einhalt in die höchsten Ämter erhalten kann. Sofern es Eurer Excellenz nötig erscheint, bitte ich sogar darum, alle diese Punkte reiflich anzusehen, dieses kann nur das gegenseitige Vertrauen stärken. Nachdem nun Eure Excellenz die Reichsleitung übernommen haben, betone ich nochmals, daß, wie Wehr und Volk zusammengehören, so auch die beiden leitenden Stellen sich zusammenarbeiten und Vertrauen zueinander haben müssen. Wie dies Betreiben bei mir beruht, so sehe ich es auch bei Eurer Excellenz voraus. Es ist aber auch nötig, daß die unterstellten Organe beiderseits im gleichen Sinne arbeiten. Ich besonders wünschenswert halte ich öftere mündliche Ausprache sowohl zwischen Eurer Excellenz und mir, wie zwischen unsern Untergebenen. Eine Regelung folgender Fragen, über welche Eure Excellenz die Entscheidung haben, an denen aber auch ich ein militärisches Interesse habe, halte ich für besonders dringlich:

1. Maßnahmen zur Leitung der Wehr.
2. Aufklärungsstätigkeit im Volk (Schule, Geistlichkeit, Abgeordnete, Soldaten aus der Front).
3. Sicherstellung der Notwendigkeit der Kriegswirtschaft, Erfassung aller Arbeitskräfte und Erlass der Wehrfähigen in den Fabriken (Enderung und Erweiterung des Hilfsdienstgesetzes, Maßnahmen gegen Streiks).
4. Sicherung der Kohlenversorgung für Volk, Wehr und Kriegswirtschaft (Erhöhung der Förderung, Transportfrage, Einteilung der Kohlen auf die verschiedenen Verbrauchsweide).
5. Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung für Wehr und Volk.

Berlin, 28. August. Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei nahm in seiner letzten Sitzung zu der nach Verabschiedung der Reichsverfassung bevorstehenden Wahl des deutschen Reichspräsidenten Stellung und beschloß, Sindenburg eine Kandidatur als Reichspräsident anzubieten.

Troghi auf der Wacht

mr. Berlin, 28. August. Die Londoner „Morning Post“ meldet indirekt aus Moskau: Die Sowjetregierung hat alle Vorbereitungen zur Verteidigung der Sowjetrepublik gegen die Alliierten getroffen. Ein Befehl Trochis bestimmt die Aushebung von 700.000 Personen für die Rote Armee. Für die Munitionsfabriken wird die Munition der Bürger eingezogen.

Die das rumänische Verhältnis meidet, ist in Rumänien eine von Lenin entsandte bolschewistische Kommission eingetroffen, die der rumänischen Regierung eine Friedensnote der Moskauer Regierung überreichen soll.

Abgebrochener Streik

mr. Berlin, 27. August. Nachdem am Montag ein Teilstand der Holzarbeiter in der Röhmer Metallindustrie unter Tarifbruch des vor 14 Tagen abgeschlossenen Abkommens mit dem Arbeitgeberverband ausgebrochen war, haben die Ausständigen heute vormittag auf Anordnung der britischen Besatzungsbehörde die Arbeit wieder aufgenommen. Obwohl erst am 14. Juli 1919 ein Kollektivabkommen in der Röhmer Metallindustrie zwischen dem Arbeitgeberverband und den drei Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter zustande gekommen war, so gesteht eine Vertrauensmännervermittlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Abänderung des Abkommens einstimmig durch Annahme einer entsprechenden Entschädigung genehmigt.

Die Eisenbahn ohne Einkommen

Berlin, 27. August. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat heute den beteiligten Gemeinden mitgeteilt, daß für das Steuerjahr 1919 ein nach dem Ergebnis des Rechnungsjahres 1918 zu verhängendes kommunalabgabepflichtiges Einkommen der preussischen Eisenbahnen nicht vorhanden ist. Durch diese amtliche Feststellung erleiden zahlreiche Gemeinden einen erheblichen Steuerausfall.

Das deutsche Heer

mr. Berlin, 27. August. Das Heeresverordnungsblatt, das an die Stelle des bisher vom preussischen Kriegsministerium herausgegebenen Heeresverordnungsblattes tritt, enthält eine Verordnung des Reichspräsidenten über, worin es heißt:

Mit dem Inkrafttreten der Verfassung sind alle Teile der Wehrmacht des Reiches meinem Oberbefehl unterstellt. Ich übertrage die Ausübung dieses Oberbefehls dem Reichswehrminister, soweit ich nicht unmittelbar Befehle erteile. Gleichzeitig hat die Heeresverwaltung der einzelnen Länder aufgehört. Die Verwaltungsbefugnisse und die Kommandogewalt stehen daher den einzelstaatlichen Kriegsministerien nicht mehr zu. Mittel des Reiches sind für ihre Stellung vom 1. Oktober 1919 an nicht mehr verfügbar. Die Verantwortung für militärische Maßnahmen und Ausgaben wird nunmehr allein von der Reichsregierung getragen und von ihr vor der Nationalversammlung oder dem Reichstag vertreten. Spätestens am 1. Oktober 1919 soll an den vor-

handenen einzelstaatlichen Kriegsministerien und den sonst genannten Militärbehörden das Reichswehrministerium gebildet sein. In der Übergangszeit wird sich der Reichsminister zur Führung der Verwaltung der vorhandenen einzelstaatlichen militärischen Zentralbehörden bedienen, die zu diesem Zwecke in Reichswehr-Befehlstellen umgewandelt werden. Es wird dabei der landesmannschaftlichen Eigenart in den einzelnen Ländern, im Sinne der mit den Landesregierungen während der Verfassungsberatung getroffenen Vereinbarungen Rechnung getragen und die endgültige Regelung dieser Beziehungen durch ein neuzufassendes Gesetz festgelegt in die Wege geleitet. Im Anschluß daran wird eine Bekanntmachung des Reichswehrministers in Kraft veröffentlicht, worin es heißt: Die Befehle der Reichswehr-Befehlstellen erhalten bis auf weiteres die Befugnisse, die Verwaltungsbefugnisse ihres Bereichs in meiner Vertretung selbständig zu erledigen. Außerdem bevollmächtige ich bis zum vollendeten Ausbau des Reichswehrministeriums die Reichswehr-Befehlstellen Preußen in meiner Abwesenheit und in unwichtigen Sachen in der Art der Geschäftsführung des bisherigen preussischen Kriegsministeriums die für das gesamte Heer gültigen Befehle für mich zu bearbeiten und „in Vertretung“, bzw. „im Auftrag“ zu unterzeichnen. Anordnungen und Maßnahmen, die zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung des Reichspräsidenten und meiner ministeriellen Gegenzeichnung bedürfen, sind hiervon ausgeschlossen. Die Befehle der Reichswehr-Befehlstellen über auch die Befehlsgewalt über die Truppen ihres Bereichs aus, soweit ich nicht unmittelbare Befehle an die Truppen erteile, die hinsichtlich der Führung und Verwendung der Truppen die Regel bilden werden.

Erholung der deutschen Wäute

Der Stand der deutschen Wäute ist, wie die „Deutsche Allgemeine“ aus dem Haag meldet, am 21. August außerordentlich fest geworden. Die Reparationen erhöhen sich sprunghaft um zwei Milliarden, wie es heißt, hauptsächlich infolge von Wäutekäufen und Verkaufsfällen auf die Wäute hin, daß der Umsatz der Banknoten nicht fallend werden soll. Große Käufe werden auch dauernd von amerikanischen Wäute vorgenommen und gehen in die Millionen.

Sedanstag

mr. Berlin, 27. August. Der preussische Minister des Innern richtete an sämtliche Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten folgenden Erlaß:

Die früher geltende Verfügung, daß am Gedächtnistage der Schlacht von Sedan die öffentlichen Gebäude besetzt werden sollen, entspricht nicht mehr den Verhältnissen. Unter Volk soll in der Zeit tiefsten Unmuts nicht durch die demonstrative Erinnerung an frühere Siege darüber hinweggetäuscht werden, daß all sein Denken und Streben einer neuen Zukunft gewidmet sein müssen. Das Aufheben der Anlagen auf öffentlichen Gebäuden würde Stoff zu neuen Konflikten und Mißverständnissen der Bevölkerung geben. Welche Ereignisse werden darin Demonstrationen für den verfallenen Verfassungszustand sehen und an dem Willen der Regierung zu einer neuen Politik zweifeln; dies am so mehr, als die meisten Behörden noch nicht im Besitz von Zahlen in den durch die Reichsverfassung neu eingeführten Farben sein würden. Es ist deshalb am Sedanstage vom Aufleben von Fahnen auf den öffentlichen Gebäuden Abstand zu nehmen.

Frankreich und der Friede

mr. 27. Aug. Über die begonnene Verhandlung des Friedensvertrages an der Kammer meldet das nachfolgend: Die Regierung war sehr vollständig einverstanden. Der Premier künnte zu Wort. Er behauptete und formierte moderner Vorbehalte bezüglich verschiedener Bestimmungen des Vertrages und besonders hinsichtlich der Bildung der brandenb. Armee. Klärten unterwirft insbesondere die Solidität der Garantien des Vertrages. Als Garantien laufen aus in dem Fall der Gefährdung der Nationen; aber es trägt sich, so wie er ist, praktisch all das was in sich schließt, das er bringen soll, nämlich die Veränderung des Krieges. Er betont und verändert das Prinzip, daß Recht über Recht geht. Aber das Recht ist nicht, wenn die Macht nicht vertritt, ist es nicht. Es ist aber die Macht in dem Vertrag. Sie ist nicht durch gegeben, und im Falle des Widerstands einer Macht durch die Generalität der Nationen des Weltfriedens zusammen, der mit den in Artikel 10 vorgeschriebenen Bestimmungen des Friedensvertrages verfahren soll. Das ist alles, aber es ist nicht genug. Hier steht eine Lücke. Frankreich muß seinen Anteil verlangen. Es muß die Bildung einer internationalen Macht verlangen, die den Entscheidungen der Weltmacht der Nationen Geltung verschaffen mag. Die Weltmacht der Nationen muß einen höheren Gehalt haben, so muß der Krieg unterdrückt. Dieses Problem war bis jetzt ungelöst, weil man es nicht gelöst hat. Man hat versucht, ein Schiedsgericht zu bilden, das untätig war, den Entschiedenungen Geltung zu verschaffen. Was ist es, das ist eine Macht zu haben, die so hoch steht, daß keine andere Macht es wagen kann, ihr zu widersprechen. Frankreich hat der Welt einen großen Dienst zu leisten, indem es ihre Freiheit rettet. Es muß die Macht im Dienste des Friedens organisieren und dem Rate des Weltfriedens die Mittel an die Hand geben, Kriege zu unterdrücken, um eine Zukunft zu eröffnen, in der die Unabhängigkeit der Völker und die Werte des menschlichen Fortschritts keine Grenzen finden.

Bulgarien befehlt

mr. Berlin, 28. August. Aus Bulgarien wird gemeldet: Die aus dem Hauptquartier des Generals Franchet d'Esperey gemeldet wird, in Bulgarien nunmehr vollkommen durch Entente-Truppen besetzt. Die Besetzung erfolgte vollständig genug, um den Ausbruch des Bolschewismus in Bulgarien zu verhindern. Man entscheidet, daß in Bulgarien binnen kurzem die Sowjetrepublik ausgerufen werden soll.

Deutsche Truppen in Lettland

mx. Mitau, 26. Aug. Ueber die Behorungs-
verweigerung deutscher im Baltikum stehender
Truppenteile wird folgendes gemeldet:

Die lettische Regierung hatte im Baltikum
den im Kampf gegen den Bolschewismus stehenden
Truppen das Bürgerrecht zwecks An-
siedlung versprochen. Dieses Versprechen
wurde gebrochen. Die deutsche Regierung hat
gegenüber dieser Stellungnahme der lettischen
Regierung die Zurückziehung der Trup-
pen angeordnet. Der Kommandant, die die Trup-
pen im Interesse ihrer Forderung auf Siedelung
zurückgezogen habe, wurde wohlwollende
Erwägung zugelegt. Die Truppe, die aus dem
Bericht der Kommission und der Tatsache der
fortlaufenden Abfertigung von Truppen er-
kannte, daß ihr Streben nach Aufrechterhaltung
ihres Rechts und der Befestigung des Bolschewi-
smus außerhalb der Grenzen Deutschlands keine
Unterstützung fand, will sich nicht auflösen lassen
und hat durch ihre Vertreter am Sonntag fol-
genden Beschluß gefaßt:

Wir, die sämtlich in Kurland stehenden
Truppen, sind fest entschlossen, unter allen
Umständen unser mit unserem Vaterland ver-
bündenes, durch Vertrag verbrieftes Recht
auf Bürgerrecht und Siedelung in Lettland auf-
rechtzuerhalten. Wir feierndem Versprechen zu
unsern Führern bitten wir diese, mit uns aus-
zuhalten und nicht zuzulassen, daß wir um
unsern Zukunft betrogen werden. Wir bitten
einstimmig Herrn Major Witsch, diese unsere
Bitte unserem Oberbefehlshaber, Herrn Grafen
v. d. Goltz, vorzutragen. Im Namen der Dele-
gation: (ges.) Pionier Engel, 2. Pionierkompanie der Eisen Division.

In Ausführung dieses Beschlusses wurden
Telegramme an den Oberpräsidenten Winning,
den Reichspräsidenten Ebert, den Reichskanzler
Bauer, die Nationalversammlung und Reichs-
wehrminister Klose abgefaßt, worin gesagt wird:

Sämtliche reichsdeutsche Truppen durch ihre
Abgeordneten heute hier in Mitau vertreten,
haben beschlossen, hier im Lande zu bleiben. Sie
wollen die Erfüllung des Versprechens des
Bürgerrechts und der Ansiedlung und seien be-
reit, weiter als Vorposten die Heimat, besonders
Ostpreußen, vor den Bolschewisten zu schützen.

Dazu wird von zuständiger Seite gemeldet:
Die Reichsregierung hat noch vor kurzem, als
der lettische Gesandte Schreiner sein Gesand-
tensgeheimnis überreichte, die lettische Regie-
rung auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die
entstehen könnte, wenn die im Baltikum stehenden
Truppen dem Befehl der Regierung entzogen,
sich von dort zu entfernen, in der sie sich
an der Grenze befinden, weil ihnen durch Vertrag
vom 29. Dezember 1918 das lettische Bürger-
recht versprochen wurde. Damit hat die
deutsche Regierung ihr Versprechen erfüllt, das
sie den Truppenabteilungen gegeben hatte,
welche in Weimar vorstellig geworden waren und
die Stimmung der Truppen stillten. Im
übrigen ist die Reichsregierung verpflichtet, den
Friedensvertrag zu erfüllen und sie muß
deshalb mit allem Nachdruck darauf bestehen
bleiben, daß die Räumung des Baltikums
schleunigst erfolge. Der Schutz Ostpreußens gegen
etwaige Einfälle bolschewistischer Banden hat an
der Reichsgrenze zu geschehen. Dagegen wird in
der notwendigen Weise Vorgehen getroffen wer-
den. Im Zusammenhang mit der Räumung des
Baltikums war auch die Rückverlegung des 6. Ar-
meekorps angeordnet worden und der Kom-
mandierende des Korps, Graf v. d. Goltz, hatte den
Befehl, nicht mehr nach Mitau zurückzuführen.

Als Graf v. d. Goltz am 24. August von der
Behorungsverweigerung eines Teiles der Trup-
pen erfuhr, hielt er sich für verpflichtet, auf
eigene Verantwortung nach Mitau zurückzuführen,
um seinen Einfluss auf die Truppen geltend zu
machen. Infolge der Unruhen kam es leider in
Mitau auch zu Zusammenstößen mit lettischen
Militär, wobei einer lettischen Kompanie ent-
waffnet und die lettische Kommandantur ge-
plündert wurde. Graf v. d. Goltz hat in einem Schrei-
ben an den lettischen Oberbefehlshaber dies
gemeldet und sein Verhalten ausgedrückt und
angeordnet, daß die weggeworfenen Waffen wie-
der zusammengebracht würden. Graf v. d. Goltz
hat weiter einen Korpsbefehl an die Truppen
erlassen, in dem die Wiederlegung der Truppen

gegen den Befehl der Regierung gemißbilligt
wird. Die Regierung habe Verständnis für
die Mithimmung, die unter den Freiwilligen
herrsche, die sich nur deshalb anwerben ließen,
weil sie auf eine Ansiedlung im Baltikum hoff-
ten; aber sie hat nicht die Machtmittel,
die Wünsche der Truppen zu erfüllen.
Die Regierung erwartet aber von den im Balti-
kum kommandierenden Truppenführern, daß sie
die Truppen über die verhängnisvollen Folgen
ihrer Disziplinlosigkeit aufklären und zum Behor-
sam zurückbringen.

Düstere Ausichten

Osag, 27. Aug. Das englische Weißbuch über
die Nahrungsmittelverhältnisse in
Deutschland liegt nun vor. Es ist eine fleck-
schwarze, eingehende Arbeit mit reichem Statist-
k, die demnach, die Verhältnisse in Deutschland
sehr düster wie möglich zu betrachten. Der Bericht
sagt über die Wirkung des Krieges auf die Ge-
sundheit der Bevölkerung nach genauer Feststel-
lung des Ausmaßes an Nahrungsstoffen: In
Deutschland traten zahlreiche Todesfälle bei 30
Prozent der Bevölkerung während ein und beson-
ders viel im Winter 1916/17. In Berlin waren
die Todesfälle an Hunger und in den Gefang-
nissen häufig durch die verminderte Widerstand-
sfähigkeit. Dies hatte zur Folge, daß die Todes-
fälle an Tuberkulose zweieinhalbmal zahlreicher
waren als in Friedenszeiten und besonders bei
den Frauen. Die Statistiken weisen eine Ver-
mehrung der Todesfälle im ganzen um 700.000
unter den Erwachsenen allein zwischen 1915 und
1918 auf. Berlin erhielt vor dem Kriege 1250 Mil-
lionen Liter Milch, während es jetzt 250 Millionen
erhält, eine Menge, die durchaus ungenügend ist.

Der Bericht sagt weiter, in Deutschland sei kein
Nachschub unter den Arbeitern zu bemerken,
sodern nur Hungergefahr und Erschöpfung.
Auch bei den führenden Persönlichkeit sei die
Erschöpfung in die Augen springend. Die Aus-
sichten für die kommende Periode 1919/20 schildert
der Bericht äußerst düster. Die Verlangung
mit Protektoren habe sich um 500.000 Tons, mit
Ruder um 150.000 Tons, mit Getreide um 600.000
Tons, mit Butter und Fett um 20.000 Tons ver-
mindert. Schon im Mai 1919 sei trotz der Ver-
mehrung des Herdes der weiche Vorrat bereits
erschöpft gewesen. 1920 werde die Lage noch viel
schlimmer sein, wobei in Betracht gezogen werden
müsse, daß noch 500.000 Gefangene zurückkommen
und ebenfalls ernährt werden müßten. Die deut-
sche Bevölkerung werde der gleichen furchtbaren
Lage gegenüberstehen wie 1916/17. Deutschland
befinde sich also vor einer Katastrophe, die den
Hungertod von Millionen nach sich ziehen werde,
wenn nicht für genügend Einfuhr von Nahrungs-
mitteln gesorgt werde. Der Bericht berechnet die
notwendige einjährige Menge an 55 Mil-
lionen und das nur, um die jetzige erbärmliche
Ernährung aufrecht zu erhalten, die an sich
schon Krankheit, Tod und Verminderung der
Arbeitsfähigkeit zur Folge habe. Man habe vor-
 allem Zeit und Protein nötig, von denen 2½
Millionen Tonnen eingeführt werden müßten.

Aus dem Postwesen

Berlin, 26. August. Es verläuft, daß vom
1. Oktober ab im gesamten Reichsgebiet das
Post- und Fernsprechnetz durch den deutschen
Ausschlag Gebühren erhöht werden wird. Ferner
wird jetzt eine Verordnung ausgearbeitet, wonach
die Gebührenfreiheit vollkommen beseitigt
wird. Antikörperstellungen haben ergeben, daß
die durch Abkühlung erwirkte Postförmigkeit kaum die
Zustände der Reichspost deckt. Das Abkühlungs-
verfahren ist nach den bisherigen postalischen Be-
stimmungen von Reichs- und Staatsbehörden ver-
schiedenster Art anwendbar gewesen.

Die Kriegsgefangenen aus Serbien

mx. München, 26. August. Gestern trafen
200 Angehörige der ehemaligen Armeeabteilung
Serbien aus der Gefangenschaft in Serbien im Lager
Veselje bei Augsburg ein und wurden dort feier-
lich empfangen. Der Kommandant des Lager-
komplexes, Oberst Weid, hielt eine kurze An-
sprache und verlas vom Reichspräsidenten Ebert
und vom Reichskanzler Bauer eingegangene warm-
herzige Begrüßungsgramme, die mit lebhaftem
Beifall aufgenommen wurden. Im Auftrage der
Reichsregierung erschien Abg. Schirmer, Mitglied
der deutschen Nationalversammlung, zur Begrü-
ßung, der den Heimkehrern herzlich dankte für
all das, was sie im Krieg und in der Gefangen-
schaft für das Vaterland und das Volk geleistet
und erduldet haben. Seine Rede wurde an dem
Wiederankunft unserer Landsleute mitwirkt und
so sich selbst und der Gefangenschaft zu nähern,
wurde beifällig aufgenommen. Nachher entwickelte sich im
Lager unter Mitwirkung von Musikanten ein

freies Leben. Vom roten Arena verteilte Viehes-
gaben trugen mit dazu bei, das Wohlgefühl der
Heimkehrern zu heben. Es ist im Lager alles
vorbereitet, um den zurückgekehrten Gefangenen
die kurze Zeit ihres Aufenthalts so angenehm wie
möglich zu machen.

mx. Berlin, 27. August. Zur Begrüßung der
aus Serbien im Lager Veselje bei Augsburg ein-
getroffenen deutschen Gefangenen fand ein Reichs-
kanzler Bauer an der Lagerverwaltung nachgehen-
des Telegramm: Den in die Heimat zurückgekehr-
ten, im Lager Veselje versammelten Kriegsgefan-
genen sende ich herzlich willkommen und freund-
liche Grüße.

Die Vereinigten Staaten im Kriege

Im Auftrage des Kriegssekretärs hat der Leiter
der statistischen Abteilung des Kriegsamt ein
150 Seiten langes Buch über die Leistungen der
Vereinigten Staaten im europäischen Kriege ver-
faßt, das folgende Einzelheiten entnommen hat:
Von den 54.000.000 männlichen Bewohnern der Ver-
einigten Staaten wurden 20.000.000 unter dem
Dienstpflichtgesetz für den Kriegsdienst registriert.
Die Gesamtzahl der nach Frankreich geschickten Sol-
daten betrug 2.810.000 Mann, von denen 1.300.000
aktiven Dienst an der Front verrichtet haben. In
den ersten 18 Monaten des Krieges wurden eine
halbe Million Soldaten über Meer geschickt. Die
anderen anderthalb Millionen waren in den letzten
18 Monaten transportiert. Jeder Soldat erhielt
durchschnittlich sechs Monate Ausbildung in den
Vereinigten Staaten, zwei Monate in Frankreich
und einen Monat an einem stillen Frontabschnitt.
Die meisten Truppentransporte fuhren von New-
York ab. Ungefähr die Hälfte landete in England,
die andere Hälfte in Frankreich. Der größte
Truppentransporter war der „Leviathan“, früher
„Vaterland“, der jeden Monat 12.000 Mann beför-
derte. Amerikanische Dampfer haben in Frankreich
3 neue Dampfergeleisen gebaut, 1000 Meilen
breitwagige und 300 Meilen schmalwagige Geleise
gelegt. Das Signalnetz konnte insgesamt
100.000 Meilen Fernsprecher und Telegraphen-
drähte. Militärische Bauten in den Vereinigten
Staaten kosteten doppelt so viel wie der Sonoma-
funkt, und die Kosten der Lager, Truppentruppen,
Verpflegung usw. in Frankreich waren fast ebenso
hoch. Bis zum Waffenstillstand waren 40.000 Kraft-
wagen nach Frankreich geschickt. Bei Kriegs-
bruch befand die amerikanische Armee rund 600.000
Springfeld-Gewehre. Zur Zeit des Waffenstill-
standes verfügte sie über mehr als 2.500.000 Spring-
feld- und Enfield-Gewehre. Im Jahre 1912 hatte
jede amerikanische Infanterie ihre Maschinen-
gewehre, im Jahre 1914 aber 300. Bis Ende 1918
wurden 227.000 amerikanische Maschinengewehre
hergestellt. In Frankreich haben der amerikani-
sche Armee rund 3500 Geschütze zur Verfügung,
davon 500 „Made in America“. 220 wurden an der
Front benutzt. Während des Krieges produzierten
die Vereinigten Staaten 10.000 Tonnen Nitrat,
ein großer Teil davon wurde den Alliierten ver-
kauft. Die Fliegerabteilungen der Amerikaner an
der Front zogen von 5 mit 4 Flugzeugen im
April auf 45 mit 740 Flugzeugen am 11. November
1918. Von Mitte August bis November 1918
bildeten die Amerikaner meistens die zweitgrößte
Front. Im Oktober hatten amerikanische Divi-
sionen 101 Meilen der Front besetzt bzw. 20 v. d.
der ganzen Front. Beim St. Mihiel-Vorstoß
wurden 550.000 Amerikaner eingesetzt. Die Artil-
lerie feuerte in vier Stunden eine Million Ge-
schosse, angeblich das schwerste Bombardement in der
Weltgeschichte. In der Meuse-Argonnen-Schlacht,
die 47 Tage dauerte, kämpften 1.200.000 Amerikaner.
Die amerikanischen Kampfverluste betrugen
50.000 Tote und 250.000 Verwundete. Die Angen-
entzündung tötete mehr Leute dabei als der Kampf.
Insgesamt gingen 122.500 amerikanische Leben ver-
loren, davon 10.000 von der Marine. Die direkten
Kosten des Krieges betragen ungefähr 22 Milliarden
Dollars, eine Summe, die fast genügt hätte, um die
Kosten der amerikanischen Regierung von 1791 bis
zum Ausbruch des Krieges zu decken. Dazu
kommen noch 10 Milliarden in Anleihen für die
Verbandsmacht.

Das Parlament der Jüngsten

Die „Volksstimme“ berichtet: In Landsberg
(Westph.) hatten sich die Gefangenen zu einer öffent-
lichen Versammlung zusammengefunden, um zu den
sie interessierenden Fragen, insbesondere Fortbil-
dungsschule und Lehrlingsausbildung, Stellung zu
nehmen. Altscher, Meier, Fischer, Scholler,
Dreher, Böder und Kondoritz, bunt durcheinander
ausgewählt, saßen sie, 14 bis 17jährig, an den Tischen,
worauf über Politik, Freiheit und Bier, Spielzeug,
„Schalafest“ — wie die Alten sagen — und sonsti-
gen nach der Ausführung ihres Verlaufs-
matters. Sie verlangten Abkündigung eines Re-
kurses, Beilegung des Abendunterrichts und seine
Verlegung in die Arbeitszeit. Besatz des Son-
nabends-Unterrichts, Ausbau der Fortbildungsschule,

Ankündigung der Lehrer im Hauptamt, Anerkennung
der Schüler als mitbestimmende Vertretung der
Jugend in allen Schulkragen, Kontrolle der Lehrer
bei Anstellung von Lehrlingen, Abschaffung der
Affordarbeit und vieles andere. Einmal fiel sogar
— seine und sogar — an einem durchgehenden
Tische das Wort „Streik“. Anstehend war der
junge Herr durch das Vorbild seiner Berliner
„Kollegen“, die an einigen Fortbildungsschulen im
Nord und Ost Berlins bereits den Schulbesuch
eingestellt hatten, ermutigt.

Mexiko sucht Einwanderer

Remarck, 26. August. Präsident Carranza
erklärt, daß die mexikanische Regierung alle wün-
schenswerten Einwanderer willkommen heiße und
mit Kolonisation hilfsreich zur Hand gehen werde.
Zum Beweis, daß dies keine leeren Worte seien,
betonte er, daß er kürzlich eine Kommission er-
nannt habe, die die Einwanderungs- und Koloni-
sationsfragen unteruchen und feststellen solle, wie
den Einwanderern von Ausländern praktische und
materielle Unterstützung geleistet werden kann.
Auch die landwirtschaftlichen Bahnen beschäftigen eine
größere Zahl Arbeiter, um Einwanderer anzuneh-
men und ihnen ihr Land zu verkaufen.

Aus aller Welt

Offenbach a. M., 27. Aug. Kommerzienrat
Ferdinand Bial hat letztwillig 500.000 Mark
hiesigen kulturellen und gemeinnützigen Ver-
einen zugewandt. Die Eigenschaften des Ver-
storbenen nebst erheblichen Vermitteln und Aktien
gehen testamentarisch nach einer gewissen Zeit
in den Besitz der Stadt über.

mx. Aachenburg, 27. Aug. Auf der
Eisenbahntrasse Heidenbrunn-Bauha bei Aachen-
burg ist sich die letzten Teile eines Güter-
zuges und führen mit großer Macht auf die vor-
deren Wagen eines anderen Güterzuges auf. Zwei
Bremser wurden getötet. Der angerichtete Sach-
schaden soll sehr groß sein.

mx. Trier, 26. August. Ein mit Sekt belade-
nes Auto fuhr zwischen Zuzerath und Zelvers-
dorf einen steilen Abhang hinab. Von den vier In-
nen blieben drei tot.

Effen, 23. August. Im städtischen Saalbau
find eine große Versammlung zum Protest gegen
die Schundvorstellungen in den Kinos statt, die
von Angehörigen aller Parteien und Volksschich-
ten zahlreich besucht war.

Derford, 27. August. Kassensystem Wul-
fmeier, der bei der Kreisparlamentswahl ange-
stellt war, hat im letzten Jahre 190.000 Mark unter-
schlagen. Wulfmeier und dessen Braut wurden
verhaftet. Das Geld hat er bereits in leicht-
sinniger Weise vergeudet, so daß er gar nichts
mehr besitzt.

Darmstadt, 27. August. Die Banlangestell-
ten haben den Ausnahm ohne Ergebnis abgebro-
chen und die Arbeit wieder aufgenommen.
Die Streikleitung gibt für den Beschluß zunächst
keine Gründe bekannt, sondern sagt nur, daß
im Zusammenhang mit dem Verhalten des Reichs-
arbeitsministeriums Umstände eingetreten seien,
die eine Wiederaufnahme der Arbeit rechtfer-
tigten. Die wirklichen Gründe liegen darin, daß
die Regierung sich nicht in der Lage gesehen
hat, den Berliner Schiedsgericht für verbindlich
zu erklären, daß ferner die Zahl der Arbeits-
willigen stark zugenommen hat und daß die
Streikenden mit dem Verlust ihrer Stellungen
stark rechnen müßten. Diese Gründe wurden der
Streikleitung in einer Zusammenkunft der Ban-
langestellten eindringlich gestern vor Augen ge-
führt, mit der Aufforderung, den vollen Zu-
sammenbruch zu vermeiden und den Ausnahm
für beendet zu erklären. Die Banlangestellten
haben bei der heutigen Wiederaufnahme der
Arbeit ein Anerkenntnis unterschreiben müssen,
daß das Arbeitsverhältnis heute auf „neue Be-
dingt und keine Fortsetzung des früheren dar-
stellt. Hiernach bestehen auch die bisherigen Ver-
tragsverhältnisse nicht mehr. An ihrer Stelle müs-
sen neue gemacht werden.

Strasbourg, 27. August. In unmittelbarer
Nähe des Dorfes Metzweiler ist ein Petroleum-
schacht, der schon eine Unmenge Kohle lieferte,
durch die Unvorsichtigkeit eines Arbeiters in Brand
geraten. Eine brennende Zigarette hat diesen
Millionschaden verursacht.

Katholischer Studentenrat

Bild, 27. August. Ende Oktober oder An-
fang November soll hier ein katholischer Studen-

Das Testament

Russischer Gesellschaftsroman.

Von Hans Veder.

20) Nachdruck verboten.

Alles, was und wie er es gesprochen, hatte
schmerzhaft, lebenswichtig geklungen, Karschagin
ließ sich nicht rühren. Er kannte die Art des
Untersuchungsrichters, der war zu jedem Ver-
brecher freundlich, er glaubte, damit schneller
zum Ziele zu kommen, als wenn er dem armen
Mörder gleich Angst machte.

Es war so, denn ohne Karschagin keine Auf-
forschung beantwortet zu lassen, beugte der Un-
tersuchungsrichter sich plötzlich zu ihm herüber,
legte eine Hand auf sein Knie und sah ihm ins
Gesicht.

„Natürlich Unfug — das Testament ist nicht
gefälscht.“

Karschagin blieb ruhig, er sprach nicht zu-
sammen, sah den anderen nur erstaunt an. Er
war von vornherein auf seiner Hut gewesen,
hatte die kleine Wortfälschung ganz richtig auf-
gefaßt und gleich herausgefunden, daß jeder ihn
doch verdächtigen wollte.

Das hatte ihn vorbereitet, alle Furcht war
im Augenblick von ihm geblieben, er dachte kaum
noch daran, daß es sich um ihn selbst handelte
— der Verteidiger war in ihm erwacht, der
Verteidiger eines interessanten Falls.

Vor ein paar Stunden noch war er fast von
Stimmen gewesen, jetzt konnte er lachend fragen:
„Wer soll das Testament gefälscht haben, das
Ding lag doch immer bei mir. Was es das,
was Sie mich fragen wollten, als Sie mir die
Vorladung schickten?“

Einen Augenblick schämte der Richter, er ärgerte
sich ein bißchen, zu schnell vorgegangen zu sein.
Die Überzeugung war mißglückt.

Er machte sich im stillen Vorwürfe, daß er
den Advokaten unterschätzt, das hätte er nicht
tun dürfen, er wollte ja, wie ein schlauer Fuchs
es war.

Er bewegte langsam den Kopf.

„Natürlich, natürlich — könnte gar nicht sein,
ist ja unmöglich, so etwas kommt nicht vor.“

Sie fragen ganz richtig — wer soll es gefä-
lscht haben, das Testament ist nicht aus Ideen Dän-
den gekommen. Gewiß, gewiß, ich hätte die Sache
am liebsten nicht übernommen, erklärte das auch
dem Staatsanwalt, sagte ihm meine Ansicht,
daß alles Erfindung sei, bei der Geschichte nur
Beunruhigung ehrenhafter Menschen herauskäme.“

Bei ihm fand sich, daß ein Vertrag vorlag,
daß Karschagin der Richter war.

Er hatte die Sache durchgearbeitet wie eine
mathematische Aufgabe, die Lösung war: erst
das Testament gefälscht, dann die Erbin ge-
heiratet.

Der Richter kam und meldete, daß serviert sei.
Tischlerstolz stand auf, auch Karschagin erhob
sich, wollte sich verabschieden.

„Wollen Sie doch schon fortlaufen, Nikolai
Romanowitsch? Bitte, kommen Sie mit, ich lasse
Sie jetzt nicht fort.“

Sie haben sich geirrt, Sie müssen einen
Tropfen trinken. Das ist Medizin, das tut gut.“
Er hatte sich bei ihm ein, was ihn mit sich,
so daß Karschagin nachgeben mußte, er wollte
auch, denn er wollte mehr erfahren.

Ein paar Schritte vor der Tür des Speis-
zimmers blieb der Untersuchungsrichter plötzlich
stehen, zog seinen Arm aus dem Karschagins und
legte die Hand auf dessen Schulter:

„Wissen Sie was, Verehrter, mir fällt da
etwas ein: das Testament ist doch gefälscht.
Wollen Sie auch wissen, wer es getan hat?“

Sie, Sie haben es getan.“

Auch darauf oder auf einen ähnlichen Coup
war Karschagin gefaßt gewesen, er hatte be-
griffen, daß die Einladung zum Frühstück nicht
ohne Grund geschah war.

Er blieb auch jetzt kaltblütig, streifte lang-
sam die Hand des Richters von seiner Schulter:
„Soll das Scherz sein oder was sonst?“

Verlassen Sie mich, Alexander Romanowitsch,
daß ich hier als Ihr Gefährte, daß ich für eine
Belebung des Nachschaffs fordern möchte — ich
bin doch nicht der Mauerwerkzeuge aus Dostojewskis
„Kosmopolit“, dem die Kunst des Unterstü-
nders ein Verbrechen, das er nicht begangen,
einzutreten verleiht. Für solche Annahmen müssen

Sie tiefer ins Volk greifen, da finden Sie noch
Opfer genug.“

Ich glaube, Sie tun gut, lassen Sie Ihren
Frühling zu kommen, Ihre liebreichen Wagen
sollen jede Überlegung geraubt zu haben. Adieu,
Sie werden begreifen, daß ich hier nicht länger
bleiben kann.“

„Und wenn ich Ihre Verhaftung veranlasse?“
Ich habe Material genug, die Aussage der Sach-
verständigen, die die Schrift geprüft.“

„Sie werden sich hüten, das ohne ordent-
liches Verhör zu tun. Ich bin kein armer Stu-
dent, das man nach Belieben ausgreift und
dann, weil man sich geirrt hat, wieder laufen läßt.“

Und von Sachverständigen sprechen Sie?
— lassen Sie sich nicht auslachen, so was müssen
Sie mir nicht sagen, ich weiß doch sehr genau,
was man von Sachverständigen zu halten hat,
aber ich es Ihnen schon vorgekommen, daß zwei
untereinander einig waren?“

Und nun genug: ich bin der bedrängte Nach-
komme Nikolai Romanowitsch Karschagin, wohnt
in Peterhof in meinem Landhaus, wo man mich
jederzeit finden kann. Sorgen Sie dafür, daß
die Polizei nicht wider Willen macht, daß mir
die Vorladung zur rechten Zeit zugeht wird.“

Er hatte sich hinsetzen lassen, gegen seinen
Willen.

Aus dem ersten Schreck war eine nicht zu be-
zähmende Wut geworden, er hatte nicht über-
legt, nicht daran gedacht, daß jedes Wort ihm
Gefahr bringen konnte, hatte sich ausstoben
müssen.

Erst als er wieder auf der Straße stand,
wird der Mensch, in dem er sich befand, all-
mählich von ihm. Eine nicht abzuwehrende Er-
schütterung trat ein, er mußte sich an die Mauer
des Hauses lehnen, um einen Haß zu gewinnen.

Er sah nicht, er hörte nicht — blieb in
diesem Zustande, als langsam die Erkenntnis in
ihm erwachte, daß er verloren, daß alles aus sei.
Um ihn herum tobten die von ihren Ecken
geleiteten Droschkentreiber, jeder bestrebt, ihn
zu bewegen, seinen Wagen zu wählen.

Mit den Händen in den Händen baten und

schrien: „Gnädiger Herr, nehmen Sie mich“

— „Gnädiger Herr, wohin befehlen Sie?“

Ihm kam nicht der Gedanke, daß er einen
Wagen nehmen, zur Bahn und dann nach Hause
fahren könnte, er hatte kein Gefühl dafür, daß
er den Vorübergehenden ausfallen, sie ihn für
einen Betrügler halten könnten — er als der
Portier des Hauses, der ihn eine Weile be-
obachtet und dabei vergeblich die sich hinwähren-
den Richter zu verstanden gesucht hatte,
berant und zu ihm sagt:

„Gnädiger Herr, ich bin nicht gut, wün-
schen Sie ein Glas Wasser?“ riefte er sich zu-
sammen und eilte ohne ein Wort der Erwiderung
davon.

Er wußte nicht, wohin er sich wenden sollte,
er ging vorwärts, ohne sich darum zu kümmern,
wobin ihn seine Fährte führte.

Eine Stunde oder mehr lief er in den Straßen
herum, achte nicht darauf, daß der Himmel
sich verfinsterte, ein Gewitter heraufzog und bald
nachher ein dichter Regen herabstürzte, der ihn
bis auf die Haut durchdrückte, es drängte ihn
weiter, geradeaus, in die Ferne.

Ganz plötzlich blieb er dann stehen, suchte mit
den Augen herum, wo er war, und entdeckte,
daß er sich wieder in der Nähe des Hauses des
Untersuchungsrichters befand.

Zah! so, als ob er sich gar nicht von hier fort-
bewegt hätte. Blicke nach das auch so — er
wußte es nicht, er begriff jetzt nur, daß er ein
Ende machen mußte, so oder so.

Er schaltete, wie ihm die Kleider am Körper
kleben, eine schmerzliche Kälte ihm schüttelte,
wie b' Schnel nach einem Raum, in dem
er sich auskleiden, nach Ruhe, nach Behaglich-
keit ihn erlöste.

Ein Wunsch, ein heißes Verlangen, jetzt bei
Tora zu sein, den Kopf in ihren Schoß legen,
ihre alles sagen, ihre Rettung erleben — mochte
dann mit ihm geschehen, was geschehen mußte.

Das trieb ihn auf, etwas anderes konnte er
nicht mehr denken, die Vorstellung allein hielt
ihn aufrecht.

Er blickte sich um, der Platz, wo die Droschken
gestanden, war leer — bei dem starken Regen
hatten sich Fahrgäste genug gefunden.

